

01

Wohnungsbau ankurbeln

Die Krise im Wohnungsbau hält an. Die Baunachfrage ist deutlich zu gering, die Fertigstellungen decken bei Weitem nicht den Bedarf. Vor allem in größeren Städten und Ballungsräumen droht sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum weiter zu verschärfen. Um dem entgegenzuwirken, muss die Politik die Rahmenbedingungen deutlich verbessern. Unverzichtbar ist eine Senkung der Grunderwerbsteuer. Notwendig ist auch ein weiterer Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Außerdem muss die Baulandausweisung vereinfacht werden.

02

Infrastruktur sanieren

Zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur unabdingbar. Das Sondervermögen des Bundes kann helfen, den Investitionsstau bei den Verkehrswegen abzubauen. Dazu müssen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Zudem gilt es, die Landesstraßenbauverwaltung bedarfsgerecht personell aufzustocken. Im Sinne einer langfristigen, haushaltsunabhängigen Planungssicherheit fordert die Bauwirtschaft überdies die Einführung eines Finanzierungskreislaufs Straße im Bundesfernstraßenbereich.

Mitgliedsverbände

In der Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg sind sechs baden-württembergische Bauverbände organisiert, die etwa 4.900 Mitgliedsbetriebe mit rund 69.000 Beschäftigten vertreten.



**Landesvereinigung
Bauwirtschaft
Baden-Württemberg**

www.landesvereinigung-bauwirtschaft.de



Zukunft bauen
Bauinvestitionen fördern –
Klimaschutz forcieren –
Berufsbildung stärken



**FORDERUNGEN
ZUR
LANDTAGSWAHL 2026**



Das Bauen ist ein Schlüssel zur Bewältigung zentraler Herausforderungen im Wohnungsbau, bei der Sanierung des Gebäudebestandes, der Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur, der Klima- und Energiewende. Doch obwohl der Investitionsbedarf enorm ist, bremsen zahlreiche Hemmnisse die Bautätigkeit. Die Politik muss dringend gegensteuern!

10

**KERNPUNKTE
IM ÜBERBLICK.**



03

Gebäudesanierung forcieren

Der Gebäudebestand verursacht rund 30 % der CO₂-Emissionen in Deutschland. Die energetische Sanierung von Bestandsbauten ist daher ein wichtiger Hebel, um die ehrgeizigen klimapolitischen Ziele der Landesregierung zu erreichen. Insbesondere gilt es, die derzeitige Sanierungsrate von 1 % pro Jahr deutlich zu steigern. Dazu muss die Förderung von Sanierungsmaßnahmen bedarfsgerecht erhöht werden. Um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, sollten zudem Umbaumaßnahmen bei bestehenden Gebäuden stärker gefördert werden.

04

Grün-blaue Infrastruktur ausbauen

Angesichts der fortschreitenden Erderwärmung wird Klimaresilienz für Kommunen immer wichtiger. Der Ausbau der grün-blauen Infrastruktur ist dabei ein zentraler Baustein. Denn Grünflächen und Gewässer sorgen für ein angenehmes Stadtklima, speichern Wasser und schützen vor Überflutungen. Hier sind die Städte und Gemeinden gefordert, zügig zu investieren. Bund und Land müssen ihnen dafür den notwendigen Handlungsspielraum geben. Attraktive Förderangebote zur Schaffung zukunftsfähiger kommunaler Lebensräume sind aus klima- und wirtschaftspolitischer Sicht notwendiger denn je.

05

Bürokratie abbauen

Der Baubedarf ist riesig, aber eine überbordende Bürokratie, unzählige Gesetze und Verordnungen, überzogene Baustandards und hohe Kostenbelastungen hemmen das Bauen. Um die Bautätigkeit zu beleben, müssen Vorschriften und Auflagen abgebaut und auf das wirklich Notwendige beschränkt werden. Gleichzeitig sind kostentreibende Verschärfungen von Gesetzen und Normen zu vermeiden. Regelwerke sollten grundsätzlich anwendungs- und umsetzungsfreundlich gestaltet werden. Zur Verkürzung der Bearbeitungs- und Genehmigungszeiten ist zudem eine durchgängige Digitalisierung der Baubehörden unerlässlich.

06

Technologieoffenheit gewährleisten

Nachhaltiges Bauen ist eines der zentralen Zukunftsthemen im Bausektor. Um den enormen Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, müssen die Potenziale aller Bauweisen genutzt werden. Technologieoffenheit und ein fairer Wettbewerb sind dafür unabdingbar. Eine einseitige Förderung einzelner Baustoffe ist nicht zielführend. So hat die innovative Massivbauweise ein enormes CO₂-Einsparpotenzial. Auch die Kombination der Baustoffe Holz und Beton bietet große Chancen. Daher sollten die strengen Auflagen für den Holz- und Hybridbau reduziert werden.

07

Billiganbieter ausschließen

Zur Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen auf dem Baumarkt fordert die Bauwirtschaft den konsequenten Ausschluss von Dumping-Angeboten bei öffentlichen Ausschreibungen. Rechtliche Grundlage hierfür ist § 16d VOB/A. Danach dürfen Aufträge unter anderem nicht an Unternehmen vergeben werden, die einen unangemessen niedrigen Preis anbieten. Darüber hinaus sollten öffentliche Auftraggeber bei der Vergabe von Bauleistungen auf die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bieter achten.

08

Recycling voranbringen

Die 2023 in Kraft getretene Ersatzbauverordnung hemmt durch restriktive Einschränkungen das Baustoffrecycling. Unter anderem fehlt eine Regelung zur Beendigung der Abfalleigenschaft mineralischer Bauabfälle. Daher können die meisten güteüberwacht hergestellten mineralischen Ersatzbaustoffe nicht als Produkt gehandelt werden. Vielmehr gelten sie als Abfall und haben damit kaum Absatzchancen. Um die Kreislaufwirtschaft zu stärken, ist die Landesregierung daher gefordert, eine umfassende Regelung zum Ende der Abfalleigenschaft güteüberwachter mineralischer Ersatzbaustoffe einzuführen.

09

Entsorgung von Bodenaushub sichern

Die Ersatzbaustoffverordnung setzt hohe Hürden für die Verwertung von Bodenmaterial. Große Mengen an Bodenaushub sind daher nach wie vor nicht verwertbar und müssen deponiert werden. Entsprechende Deponiekapazitäten sind zu schaffen. Insbesondere Deponien der Klasse DK -0,5 sind für die Entsorgungssicherheit in Baden-Württemberg unverzichtbar. Ihre Erweiterung wird jedoch vom Landesumweltministerium blockiert. Hier ist ein klares politisches Umsteuern erforderlich. Um einen Entsorgungsnotstand zu verhindern, muss die Erweiterung von DK -0,5 Deponien möglich sein.

10

Berufsbildung stärken

Zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses gilt es, die duale Ausbildung zu stärken. Ein zentraler Baustein sind dabei die überbetrieblichen Bildungszentren. Sie sollten zu digitalen Leistungszentren weiterentwickelt werden. Wichtig ist, dass die notwendigen finanziellen Mittel für die Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung der Bildungsstätten bereitgestellt werden. Auch für die Lehrlingsausbildung muss das Land weiterhin ausreichende Zuschussmittel zur Verfügung stellen. Im Sinne einer hohen Ausbildungsqualität darf es hier keine Kürzungen aufgrund von Sparmaßnahmen geben.